



Stadt Kamen

Niederschrift

IR

über die
3. Sitzung des Integrationsrates
am Dienstag, dem 18.10.2022
im Sitzungssaal I

Beginn: 18:05 Uhr
Ende: 20:15 Uhr

Anwesend

Kamener Migrantenliste (KML)

Herr Sadik Akdag
Herr Murat Akyol
Frau Aynur Cufali
Herr Ibrahim Elibüyük
Herr Aziz Özkir

MONA

Frau Mercan Karadag

SPD

Herr Gökçen Kuru

CDU

Herr Dr. Oliver Romeo

DIE LINKE / GAL

Frau Ruthild Lindemann-Opfermann

FDP

Herr Alfred Mallitzky

FW Kamen

Herr Dirk Externbrink

Verwaltung

Herr Harun Cakar
Herr Andreas Eichler
Herr Willi Präkelt
Frau Ines Rieger
Frau Hanna Schulze

Gäste

Frau Kampfer, KIM
Herr Lanzmann, KIZ

Entschuldigt fehlten

Frau Gülüzar Dogan
Herr Vikkindran Indran
Frau Manuela Laßen
Herr Mustafa Yücel

A. Öffentlicher Teil

TOP	Bezeichnung des Tagesordnungspunktes	Vorlage
1	Einwohnerfragestunde	100/2022
2	Kommunale Integrationszentrum und die Integrationsräte Bericht: Carolin Kempfer, Kreis Unna	
3	Kommunales Integrationsmanagement hier: Bericht der Verwaltung	
4	10+1 Bäume für die Opfer des NSU hier: Kampagne des Landesintegrationsrates NRW	
5	Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen	

B. Nichtöffentlicher Teil

TOP	Bezeichnung des Tagesordnungspunktes	Vorlage
1	Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen	
2	Veröffentlichung von Tagesordnungspunkten der nichtöffentlichen Sitzung	

A. Öffentlicher Teil

Zu TOP 1.

Einwohnerfragestunde

Einwohnerfragen wurden nicht gestellt.

Zu TOP 2.

Kommunale Integrationszentrum und die Integrationsräte
Bericht: Carolin Kempfer, Kreis Unna

Es wurde anhand einer Powerpointpräsentation referiert, die der Niederschrift als Anlage beigefügt ist. Die Dozenten erläuterten anhand des Konzeptes ausführlich Hintergrund und Ausgangslage des Kommunalen Integrationsmanagements. Detailliert wurden Auftrag und Ziele erläutert. Weiterhin wurde der Aufbau von KIM dargestellt.

Frau **Laufmann** äußerte abschließend die Hoffnung, dass man durch KIM einen Überblick über die Migrationslandschaft gewönne, großes Ziel sei die Zusammenarbeit mit den Migrantenorganisationen.

Frau **Schulze** wies noch darauf hin, dass KIM ein eigenes Projekt sei, dass jedoch eine Säule der Arbeit des Kommunalen Integrationszentrums darstelle.

Herr **Kuru** äußerte den Wunsch, dass eine Begleitung des städtischen Integrationskonzeptes erfolgen möge.

Frau **Laufmann** erwiderte, dass man gern ergänzend tätig werden könne, keinesfalls aber intervenierend.

Herr **Malitzky** erkundigte sich, was das Kommunale Integrationszentrum konkret leiste.

Frau **Laufmann** erwiderte, dass man auf den Segmenten Bildung, Demokratie und eben KIM tätig sei.

Herr **Kuru** meinte, dass KIM die Arbeit leiste, die in Kamen früher von ProMensch wahrgenommen wurde. Er erhoffe sich durch KIM eine interkulturelle Sensibilisierung in den Behörden.

Frau **Kempfer** wies darauf hin, dass der Schwerpunkt der Arbeit von KIM nicht auf der interkulturellen Öffnung liegen würde.

Frau **Laufmann** ergänzte, dass die interkulturelle Öffnung schon ein Anknüpfungspunkt ihrer Arbeit sei. Die Öffnung würde von der Zivilgesellschaft vorangetrieben, die Behörden würden hier hinterherhinken.

Zu TOP 3.

Kommunales Integrationsmanagement
hier: Bericht der Verwaltung

Frau **Schulze** wies darauf hin, dass im Rahmen des KIM-Projektes nunmehr 2 Mitarbeiter bei der Stadt Kamen ihre Tätigkeit aufgenommen hätten. Diese würden sich heute vorstellen und ihre Arbeit erläutern. Sie übergab den Kollegen Ines Rieger und Harun Cakar das Wort. Diese trugen kurz einige persönliche Daten vor.

Sie referierten anhand einer der Niederschrift beigefügten Präsentation. Zu den jeweiligen Aufgabenteilbereichen gaben sie konkrete Erläuterungen.

Frau **Schulze** wies auf die große Bandbreite der Aufgaben im Projekt KIM hin.

Herr **Malitzky** erkundigte sich in Bezug auf die Netzwerkarbeit, inwieweit die Vernetzung gelinge und wie so etwas praktisch erfolge.

Herr **Cakar** erwiderte, dass die existentielle Vernetzung gut voranschreite. Realisiert würde diese unter anderem durch regelmäßige Treffen und Videokonferenzen.

Herr **Kuru** äußerte angesichts des Vortrages seine Befriedigung über die geleistete Arbeit. Er wünsche sich, dass die bisher befristete Tätigkeit baldmöglichst in eine unbefristete umgewandelt werden möge.

Zu TOP 4. 100/2022

10+1 Bäume für die Opfer des NSU
hier: Kampagne des Landesintegrationsrates NRW

Herr **Özker** wies darauf hin, dass dieser Tagesordnungspunkt auf Anregung von Frau Lindemann aufgenommen worden sei.

Herr **Malitzky** äußerte, dass die Errichtung eines Denkmals wohl unstrittig sei. Er wies auf die Problematiken hin, die mit der Errichtung eines solchen Denkmals verbunden seien. In Unna z.B. seien die angepflanzten Bäume vergiftet worden.

Frau **Schulze** erwiderte, dass unter anderem aus diesem Grund eine sorgfältig vorzunehmende Standortwahl sehr wichtig sei. Sie erhoffe sich von der heutigen Sitzung, dass Vorschläge zur Umsetzung gemacht würden. Diese wolle sie dann mitnehmen und in der nächsten Sitzung die hierzu gewonnenen Informationen und Realisierungsmöglichkeiten vorstellen. Im Anschluss solle dann im Rat eine entsprechende Beschlussvorlage verabschiedet werden. Sie sehe derzeit keinen zeitlichen Druck, da die Pflanzzeit beendet sei.

Frau **Lindemann** äußerte, dass sie sich den Bürgerwald als Standort gut vorstellen könne. Sie wisse, dass auch Herrn Kuru dieser Standort zusagen würde.

Herr **Kuru** bestätigte dies. Er meinte, dass auch er keinen zeitlichen Druck sehe. Es solle unbedingt ein Ratsbeschluss herbeigeführt werden.

Herr **Romeo** meinte, dass man das Thema nicht auf die lange Bank schieben solle, jedoch halte er eine Zeitspanne von einem Jahr bis zur Realisie-

rung durchaus für vertretbar. Auch er sah das Risiko eines Attentates; er glaube, dass der Bürgerwald hier besonders anfällig sei. Er halte es für eine Option, im Integrationsrat einen Beschluss zur Errichtung des Denkmals herbeizuführen.

Herr **Kuru** wies darauf hin, dass dem Integrationsrat die entsprechenden finanziellen Mittel nicht zur Verfügung stehen würden.

Herr **Malitzky** meinte, er könne sich eine Trennung von Bäumen und Tafel vorstellen.

Frau **Lindemann** äußerte, dass man die Aufbringung der Kosten für das Denkmal über Sponsoring in Angriff nehmen solle. Auch die nach Errichtung des Denkmals entstehenden Pflegekosten könnten so geschultert werden.

Frau **Karadag** äußerte, dass sie gegen eine Trennung von Bäumen und Gedenktafel sei. Auch wenn Gefahr bestehe, dürfe man sich nicht verstecken.

Herr **Özkir** bat die Verwaltung um Prüfung der Möglichkeiten zur Realisierung der Errichtung des Denkmals.

Frau **Schulze** formulierte daraufhin folgenden Beschlussvorschlag:

Beschluss:

Der Integrationsrat beauftragt die Verwaltung, die Möglichkeiten zur Errichtung eines Erinnerungsortes zu prüfen. Diese Möglichkeiten sollen in der nächsten Sitzung des Integrationsrates vorgestellt werden. Ziel ist es, dann einen entsprechenden Ratsbeschluss herbeizuführen

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zu TOP 5.

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

Frau **Schulze** wies auf die Sitzungstermine 07.03 und 24.10.23 hin.

Herr **Kuru** trug vor, dass aufgrund der Fülle der Aufgaben 2 Sitzungen pro Jahr zu wenig seien. So sei unter anderem die interkulturelle Woche vorzubereiten.

Frau **Schulze** erwiderte, dass sie grundsätzlich gegen im Einzelfall zusätzlich anberaumte Sitzungen nichts einzuwenden habe; sie wies jedoch auf die durch die Fülle von Ausschusssitzungen entstehenden Terminprobleme hin.

Herr **Kuru** erwiderte, dass er die Problematik sehe. Er sehe jedoch den Bedarf und bitte um entsprechende Umsetzung.

Frau **Lindemann** stimmte Herrn Kuru zu.

Herr **Özkir** wendete ein, dass der Wunsch des Herrn **Kuru** berechtigt sei. Im Einzelfall benötigte dringende Sitzungstermine seien sicherlich möglich.

Frau **Schulze** meinte, dass die Jahresplanung schon eingehalten werden sollte. Es bestehe aber kein Problem, im Einzelfall zu dringend notwendigen Sitzungen kurzfristig einzuladen.

Herr **Romeo** äußerte, auch nach seiner Meinung seien 3 Sitzungen pro Jahr notwendig.

Frau **Schulze** teilte mit, dass man für die geplante Denkmalerriichtung beabsichtige, für Anfang Januar einen Termin zu koordinieren .

Frau **Lindemann** fragte nach, ob denn die Prüfung der Voraussetzung für die Errichtung des Denkmals bis Januar abgeschlossen sei.

Frau **Schulze** meinte, dies sei leistbar.

Herr **Eichler** teilte mit, dass sich innerhalb von 2 Monaten die Anzahl der gestellten Wohngeldanträge verdreifacht habe. Steigen würden weiterhin die Zahlen der geflüchteten Personen aus der Ukraine sowie der „regulären“ Flüchtlinge.

B. Nichtöffentlicher Teil

Zu TOP 1.

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

keine

Zu TOP 2.

Veröffentlichung von Tagesordnungspunkten der nichtöffentlichen Sitzung

gez. Özkir
Vorsitzender

gez. Schulze
Schriftführerin